

22.02.2018

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wissenschaftsausschusses

zum Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/85

**Gesetz zur Gebührenfreiheit der Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen –
Gebührenfreiheitsgesetz (Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des
Landes Nordrhein-Westfalen)**

Berichterstatter

Abgeordneter Helmut Seifen

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drucksache 17/85 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 21.02.2018 /Ausgegeben: 27.02.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drucksache 17/85 - Gesetz zur Gebührenfreiheit der Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen - Gebührenfreiheitsgesetz (Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen) wurde am 12. Juli 2017 nach 1. Lesung an den Wissenschaftsausschuss - federführend - sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

B Beratung

Der Gesetzentwurf wurde vom Wissenschaftsausschuss in den Sitzungen am 6. September 2017, 21. November 2017 und 21. Februar 2018 beraten.

In der Sitzung am 6. September 2017 kommt der Ausschuss überein, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Diese findet am 21. November 2017 statt. Der zur Mitberatung aufgerufene Haushalts- und Finanzausschuss schließt sich dem Beratungsverfahren nachrichtlich an. Die geladenen Sachverständigen sind der Einladung 17/102 zu entnehmen.

Die Sachverständigen waren gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich Stellung zu dem Gesetzentwurf zu nehmen. Den Ausschüssen lagen zur Anhörung folgende Stellungnahmen vor:

Deutscher Hochschulverband	Stellungnahme 17/31 3. Neudruck
Hochschule NRW Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen NRW e.V.	Stellungnahme 17/34
Sprecher der Landesrektorenkonferenz der Kunst- und Musikhochschulen NRW	Stellungnahme 17/70
DGB NRW, Hochschulen, Wissenschaft und Forschung	Stellungnahme 17/73
Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW e.V.	Stellungnahme 17/77
World University Service, Deutsches Komitee e.V.	Stellungnahme 17/82
Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH	Stellungnahme 17/83
Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Baden-Württemberg e.V.	Stellungnahme 17/96
Landes-Asten-Treffen - LAT NRW	Stellungnahme 17/117

Außer der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen NRW e.V. – Hochschule NRW - und dem Deutschen Hochschulverband haben diese Sachverständige sowie der Bundesverband ausländischer Studierender (BAS e.V.) und die Landesrektorenkonferenz Forschungsuniversitäten Baden-Württemberg in der öffentlichen Anhörung mündlich Stellung genommen. Die Anhörung ist mit Ausschussprotokoll 17/86 dokumentiert.

Zur Sitzung am 21. Februar 2018 lag das Votum des mitberatenden Haushalts- und Finanzausschusses vor. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Die Anhörung habe, so die Fraktion der SPD, Klarheit zu der Frage einer Gebührenerhebung bei Studierenden aus Nicht-EU-Ländern gebracht. Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer seien abgelehnt worden. Dies insbesondere vor dem Hintergrund negativer Auswirkungen auf die Internationalität der Hochschulen. Kernaufgabe des Staates sei es, freien Zugang zu Bildung zu gewährleisten. Wen wolle man hier haben: die Bildungselite oder die Geldelite? Studiengebühren würden in der Hochschullandschaft und von den Studierenden nicht akzeptiert. Vor negativen Auswirkungen - wie beispielsweise in Großbritannien - wird gewarnt.

Die Fraktion der CDU bewertet die Anhörung anders. Die Mehrheit der Sachverständigen habe den Gesetzentwurf abgelehnt. Darüber hinaus wird von der Fraktion die Sinnhaftigkeit des Gesetzentwurfs bezweifelt, da er sich gegen etwas wendet, das nicht existiert. Mit Blick auf die Anhörung zur Hochschulfinanzierung vom 10. Januar 2018 hält die Fraktion fest, dass die letzten sieben Jahre - unter rot-grüner Regierung - die Situation nicht verbessert habe. Vor einer Entscheidung wollen die jetzt regierungstragenden Fraktionen zunächst die Ergebnisse der Evaluation in Baden-Württemberg abwarten und verweisen auf die Handhabung in Nachbarstaaten wie beispielsweise in den Niederlanden.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN agiert die Fraktion der CDU nach dem Motto „Versprochen gebrochen“, hätte sie doch im Vorfeld der Landtagwahl damit geworben, keine Gebühren einführen zu wollen, beabsichtige nun in der Koalition anderes. Die GRÜNE-Fraktion befürchtet, dass insbesondere Studierende aus Schwellenländern belastet werden. Zudem stellt sie das Kosten-Nutzen-Verhältnis in Frage, da sie einerseits die angestrebte Einnahmehöhe bezweifelt, andererseits die Hochschulen mit zusätzlichem bürokratischem Aufwand belastet würden. Die Fraktion wünscht Auskunft zum weiteren Vorgehen der Landesregierung.

Die Fraktion der FDP stellt ihren Ausführungen voran, dass der Gesetzentwurf eine grundsätzliche Gebührenfreiheit fordere und die Sachverständigen dies mehrheitlich abgelehnt hätten. Sie wünscht eine sachliche Debatte unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus Baden-Württemberg. Die Landesregierung werde zu gegebener Zeit einen Vorschlag vorlegen, der im Übrigen die Frage einer Beitragsfreiheit regeln werde.

Die Fraktion der AfD mutmaßt, dass für die hier im Fokus stehenden Länder keine Unterscheidung in Geld- und Bildungselite gilt. Um die Problematik von Studierenden der Bildungselite zu berücksichtigen, könnten Härteregulungen, für Ausnahmemöglichkeiten, sorgen. Staaten wie beispielsweise die USA und Großbritannien, die Gebühren bzw. Beiträge erheben, seien nicht vom internationalen Austausch Studierender abgekoppelt. Die Fraktion begrüßt die Schaffung von ressourcengenerierenden Möglichkeiten für Hochschulen.

Die Landesregierung sieht sich derzeit am Beginn des Beratungsprozesses. Sie führt aus, nach Baden-Württemberg zu blicken, um die dortigen Ergebnisse der Einführung eines neuen Studienbeitragsmodells, die für den Sommer dieses Jahres anstehen sollten, vor weiteren Diskussionen abzuwarten. Internationalisierung – aus allen Kontinenten - ist auch ihr ein Anliegen. Anders als offenbar die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünscht sie sich, dass mehr Absolventen in ihre Heimatländer zurückgingen, um ihre Länder weiter voranzubringen.

Änderungsanträge werden nicht gestellt.

C Abstimmung

Der Wissenschaftsausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drucksache 17/85 - abzulehnen.

Helmut Seifen
Vorsitzender